

„Die Einführung intelligenter Strom- und Gaszähler braucht eine intelligente Politik“

Christoph Riechmann und Dan Roberts, Frontier Economics

Energie- und Umweltpolitiker diskutieren heiß über die Einführung des sogenannten „Smart Metering“ - intelligente Strom- und Gaszähler, die sich zentral und automatisch auslesen und an- bzw. abschalten lassen. Diese Messsysteme sollen Konsumenten über ihren Energieverbrauch informieren und sie zum Energiesparen animieren. Versorgern können durch sie neue Tarifmodelle anzubieten. Die Italiener haben das „Smart Metering“ bereits flächendeckend für alle Haushalte eingeführt. Unsere niederländischen Nachbarn haben sich zum gleichen Schritt entschlossen. Geht es nach der Bundesregierung, wird sich Deutschland dieser Entwicklung sehr bald anschließen. Ein aktueller Gesetzentwurf sieht zwei Innovationen vor: die flächendeckende Einführung von Smart Metering und die umgehende Liberalisierung des Mess- und Abrechnungswesens. Doch scheint die Diskussion die entscheidenden Zusammenhänge zu übersehen. Unüberlegtes politisches Handeln kann für die Verbraucher teuer werden. Daher lohnt der Blick auf die internationalen Erfahrungen.



Fotos: Frontier Economics

Christoph Riechmann

Die internationale Praxis zeigt, dass Smart Metering nicht nur erhebliche Vorteile hat, sondern auch die Kosten seiner Einführung sehr hoch sein können. Auf Basis vereinfachter Hochrechnungen internationaler Daten könnte die bundesweite Einführung von intelligenten Zählern zwischen 7 und 11 Mrd. EUR kosten.

Die Erfahrungen im Ausland machen deutlich, dass bei einer unsachgemäßen Gestaltung und Umsetzung des gesetzlichen Rahmens für Smart Metering die Kosten den Nutzen übersteigen können.

Zuviel Konkurrenz kann auch schlecht für den Wettbewerb sein

Es gibt Anlass zur Sorge, dass sich Deutschland derzeit auf den falschen Weg begibt: Die zentrale Frage ist, ob konkurrierende Unternehmen Smart Meter installieren und Mess- und Zählerdienste anbieten sollen, oder ob diese Aufgabe regional nur einem Unternehmen übertragen werden sollte.

Die Liberalisierung des Messwesens bei Strom und Gas war in einigen Ländern ein erster Schritt, um

Wettbewerb im Energiebereich zu schaffen. Heute wissen wir, dass der Wechsel des Messdienstleisters keine zwingende Voraussetzung für Wettbewerb um Energiekunden ist. Es ist sehr wohl möglich, den Wechsel des Strom- und Gaslieferanten zu ermöglichen und Zähl- und Messdienste anderweitig zu bedienen. Zuviel Konkurrenz kann in manchen Situationen den Wettbewerb beeinträchtigen und zu höheren Kosten führen.

Beim Smart Metering könnte das der Fall sein: Durch unkoordinierte Einführung des Wettbewerbs bei Messen und Zählen kann sich der Anbieterwechsel für die Kunden erschweren. Der Wettbewerb im wesentlich bedeutenderen Energiemarkt würde behindert.

Technische und administrative Unterschiede bei der Datenauswertung und -übermittlung der Smart Meters verschiedener Anbieter könnten für die Verbraucher einen Versorgerwechsel erschweren. Energieanbieter könnten sogar gezielt unterschiedliche Abrechnungstechniken einsetzen, um langfristig den Wettbewerb um Energiekunden abzubremsen. Bei jedem späteren Lieferan-



Dan Roberts

tenwechsel müsste dann die jeweilige Mess- und Abrechnungstechnik des neuen Energielieferanten installiert werden.

Ein aktuelles „Mehr“ an Wettbewerb bei der Messung würde dann durch ein langfristiges „Weniger“ im Strom- und Gasvertrieb erkauft. ▶▶

Analyse & Hintergrund

► Und ist der Markt für Mess- und Zählerdienste erst einmal zersplittert, lässt sich dies nur schwer wieder zurücknehmen. Dies gilt es in der heutigen Diskussion zu berücksichtigen. Zusätzlich erweist sich zu viel Wahlfreiheit des Messgeräteeigentümers und –betreibers bei der flächendeckenden Einführung von intelligenten Zählern als nicht besonders kostengünstig.

Hierfür sind besonders zwei Gründe entscheidend: Erstens ist der Austausch der alten durch neue Zähler bei den Kunden ein entscheidender Kostentreiber. Der gleichzeitige Zähleraustausch in einem Gebiet durch eine Unternehmen kann diese Kosten senken. Studien aus Großbritannien zeigen, dass ein Abweichen von diesem Vorgehen die Kosten um mehr als 30% erhöhen kann.

Zweitens setzen einige Kommunikationstechnologien eine hohe Anzahl an installierten Geräten innerhalb eines Gebiets voraus, um möglichst geringe Kosten pro Zähler zu erreichen. Dies gilt vor allem für die sogenannten Power Line Carrier Technologien, welche das Stromnetz selbst zur Datenübertragung nutzen.

Wird die notwendige Installationsdichte in einer Region nicht oder erst nach langer Zeit erreicht, sind hohe Kosten für die Verbraucher die Folge. Dieser Nachteil wird um so gravierender sein, je mehr Messstellenbetreiber derselben Region verschiedene Kommunikationstechnologien verwenden, da für jede einzelne Technologie die Marktdurchdringung gering ist.

Erfahrungen zeigen, dass klare Vorgaben notwendig sind

Vor diesem Hintergrund sind in Deutschland politische Weichenstellungen nötig. Es scheint problematisch, unkritisch auf das Prinzip eines offenen Marktes für das Zähl- und Messwesen zu setzen und darauf zu hoffen, dass die Vorteile für den Kunden automatisch größer sein werden, als die Kosten der Einführung von intelligenten Zählern. Erfahrungen anderer Länder mit Smart Metern legen den Schluss nahe, dass klar definierte politische Vorgaben not-

wendig sind, um die Vorteile intelligenter Zähl- und Messsysteme voll ausschöpfen zu können.

Die niederländische Regierung hat das erkannt und entsprechende Regelungen umgesetzt: So unterliegt das Zähl- und Messwesen in den Niederlanden heute einer zentralisierten Aufsicht, statt dem liberalisierten offenen Markt. Es ist Aufgabe der regionalen monopolistischen Netzbetreiber, intelligente Strom- und Gaszähler zu installieren und zu betreiben. In den USA kam der Bundesstaat New York einige Jahre zuvor zu ähnlichen Erkenntnissen und hat die Liberalisierung im Messwesen rückgängig gemacht. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen scheint das Risiko groß, dass die in New York gelernte Lektion auf Kosten der Verbraucher in Deutschland noch einmal neu gelernt werden muss.

Wie also sollte die Bundesregierung vorgehen, wenn sie bundesweit intelligente Zähler verpflichtend einführen will? Es gibt einige Entscheidungen, die zentral und frühzeitig getroffen werden müssen. Die wohl wichtigsten drei betreffen die Verantwortlichkeiten, die Technologie und den Zeitplan.

Verantwortung: Wie in den Niederlanden könnte ein Unternehmen für die Einführung der Smart Meters innerhalb von festgelegten Gebieten verantwortlich sein. Dies könnte beispielsweise der lokale Netzbetreiber oder ein anderes Unternehmen mit einer entsprechenden Lizenz sein.

Da es sich dann um Monopolisten handelt, müssten Kosten für die Zähler und deren Installation einer genauen Prüfung durch die Regulierungsbehörden unterstellt werden. Alternativ könnte Mess- und Abrechnungsdienstleistungen regional ausgeschrieben werden. Es würde sich statt eines Wettbewerbs im Abrechnungsmarkt ein Wettbewerb um den Markt bilden.

Technologie: Damit Energieanbieter neue Tarifmodelle wie zeitabhängige Strom- und Gaspreise anbieten können, muss der Datenaustausch zwischen Mess- und Zählstellen sowie zwischen den Strom- und Gasversorgern reibungslos ablaufen. Dies

erfordert technologische Mindestanforderungen oder Standardlösungen für die Zähl- und Messgeräte.

Möglich wären in diesem Zusammenhang verbindliche Vereinbarungen der Energieindustriunternehmen. Hiervon ist die Praxis allerdings weit entfernt. Zudem kostet die Entwicklung von Industriestandards Zeit und Geld. Daher könnte es von Vorteil sein, wenn die Politik technische Mindeststandards zentral festlegen würde. Alternativ könnte sie der Bundesnetzagentur das Thema anvertrauen. Beispiele für ein solches Vorgehen sind in Schweden, den Niederlanden, Australien oder Texas zu finden.

Zeitplan: Schließlich muss der Zeitrahmen für die Einführung von „Smart Metern“ festgelegt werden. Hierbei sollten vor allem mögliche Lieferrestriktionen bei den Geräteherstellern und der Zeitbedarf für die Installation der neuen Geräte vor Ort berücksichtigt werden.

Es ist also für die Bundesregierung an der Zeit, sehr viel mehr politische Entscheidungen zu treffen als derzeit geplant. Den einfacheren Weg zu gehen und die Entwicklung dem Markt zu überlassen, könnte letztlich zu Lasten der Verbraucher gehen. Der Gesetzgeber ist also angehalten, vorausschauend zu handeln und einen mutigen Schritt im Sinne der Verbraucher und des Klimaschutzes nach vorne zu tun. ■

Zu den Personen

Christoph Riechmann leitet das Kölner Büro der Unternehmensberatung Frontier Economics. Er berät Klienten im privaten und öffentlichen Sektor im nordwesteuropäischen Energiemarkt. Zu seinen Kunden gehören die Bundesnetzagentur und Unternehmen wie RWE, E.ON und SUEZ.

Dan Roberts ist Associate Director im Londoner Büro von Frontier. Zuletzt analysierte er die Kosten der Smart Metering-Einführung in den Niederlanden.